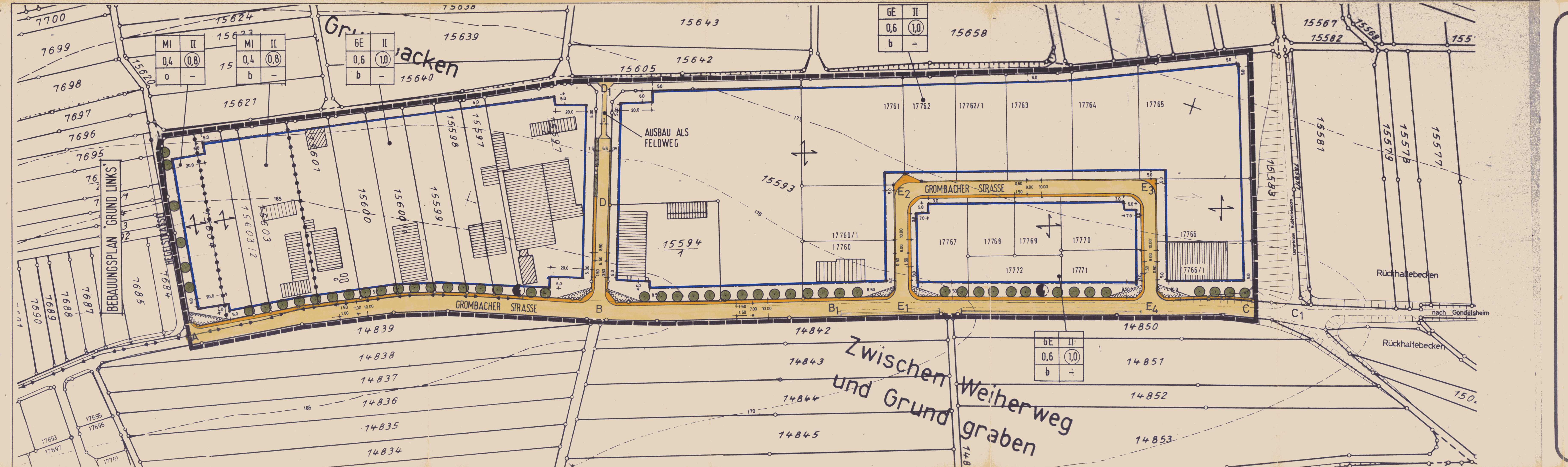


PLANZEICHEN

BAUGEBIETE

MI MISCHGEBIET
GE GEWERBEGEBIET

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

04 GRUNDFLÄCHENZAHL
(0.8) GESCHOSSFLÄCHENZAHL
II ZAHL DER VOLLGESCHOSSE

BAUWEISE

o OFFENE BAUWEISE
b BESONDERE BAUWEISE

ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE

BAUGRENZE

VERKEHRSFLÄCHE

FAHRBAHN
GEHWEG

GRENZEN

GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANES (NEU)

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

VERSORGUNGSEINRICHTUNGEN

TRAFOSTATION
TRAFOSTATION GEPLANT

SONSTIGE PLANZEICHEN

HAUPTFIRSTRICHTUNG
20 KV KABELLEITUNG
SICHTWINKEL, ANPFLANZUNGEN MAX. 0,7 m HOCH

GRÜNFLÄCHEN / PFLANZGEBOTE

V VERKEHRSGRÜN
BAUMSTANDORT

HINWEISE

FÜLLSCHEMA DER NUTZUNGSSCHABLONE

BAUGEBIET	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE
GRZ	GFZ
BAUWEISE	DACHNEIGUNG

SCHRIFTLICHE FESTSETZUNGEN

Schriftliche Festsetzungen

1.0 Planungsrechtliche Festsetzungen (BauGB, bzw. BBauG, BauNVO)

1.1 Innerhalb des Mischgebietes ist je Baugrundstück nur ein Wohngebäude mit höchstens 2 Wohnungen zulässig. UNGÜLTIG
Mit dieser Beschränkung soll gewährleistet werden, daß hier eine gemischte Nutzung erfolgt.

1.2 Die Mindestgrößen der Grundstücke im Mischgebiet betragen entlang der Grombacher Straße: 1000 m²
Übrige Grundstücke: 600 m²

1.3 Die Ausnahmen nach § 8 Abs. 3.1 sind nur in Verbindung mit gewerblichen Anlagen zulässig. gez. 1.1.88 !

1.4 Garagen und Stellplätze sind auf den Baugrundstücken zulässig.

1.5 Als besondere Bauweise wird die offene Bauweise mit Gebäudelängen im Rahmen der überbaubaren Grundstücksflächen festgesetzt.

2.0 Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (LBO)

2.1 Dächer
Die Dächer sind als Flachdächer oder Satteldächer bis zu 20° Neigung auszubilden.
Bei Wohn-, Verwaltungs- und Sozialbauten können Dachneigungen bis 35° errichtet werden.
Die Dachhöhe von Oberkante letzter Geschoßdecke bis Oberkante First darf 4,5 m nicht überschreiten.

2.2 Traufhöhen
MI-Gebiet: Traufhöhe max. 6,5 m über dem natürlichen Gelände.
GE-Gebiet: Traufhöhe max. 8,0 m über dem natürlichen Gelände.
Die Höhen beziehen sich auf die Bordstein- bzw. Gehweghinterkante (Maß in Gebäudemitte).

Das natürliche Gelände ist durch mind. zwei Geländeschnitte nachzuweisen.

2.3 Einfriedigungen
Zulässig zwischen öffentlichen Straßen und Gebäuden sind
a) Sockel bis 0,30 m Höhe aus Naturstein oder Beton mit Heckenhinterpflanzungen aus bodenständigen Sträuchern (siehe Pflanzliste)
b) einfache Holzzäune mit Heckenhinterpflanzungen
c) einfache geschmiedete Zäune mit Heckenhinterpflanzungen

Einfriedigungen sind straßenseits bis zu einer Höhe von 1 m als seitliche und hintere Abgrenzung der Grundstücke bis zu 1,8 m zulässig. Für die straßenseitigen Einfriedigungen ist als Bezugspunkt für die Höhe die Bord- bzw. Gehweghinterkante maßgebend.

2.4 Vorbereichsgestaltung/Grünordnung
Die Flächen zwischen Gebäuden und öffentlichen Strassen sind nach Erstellung der Gebäude als Ziergärten oder Rasenflächen anzulegen und zu unterhalten. Bei Anpflanzung von Bäumen sollen bodenständige Gehölze Verwendung finden.
Die Anlage von Besucherparkplätzen in diesem Bereich ist zulässig.
Entlang der Grombacher Strasse ist entsprechend dem Planeintrag mindestens ein hochstämmiger Laubbaum pro 10 m Grundstückslänge (entlang der Strasse) zu pflanzen (Ausnahme: Sichtdreiecke). Als Pflanzarten können gewählt werden:
- Kastanie (Aesculus hippocastanum)
- Götterbaum (Ailanthus altissima)
- Spitzahorn (Acer plantanoides)
geringfügige Verschiebungen der Pflanzgebote sind zulässig, wenn Einfahrten oder Leitungstrassen diese erfordern.
Den Baugesuchen ist ein Pflanzplan beizufügen.

2.5 Werbung und Außenfassaden
Grelle Farben sind an allen Außenfassaden unzulässig. Die baulichen Anlagen sind in hellen bis gedeckten Tönen entsprechend dem Spektrum der Erdfarben auszuführen.
Die Höhe der Werbeanlagen darf max. 1,5 m nicht übersteigen und nicht über Traufhöhe hinausragen.

3. Hinweise
Für die bodenständigen Pflanzen (Hecken und Sträucher) zur Straße und als Abgrenzung zwischen den Grundstücken sind nur Laubgehölze zu verwenden.

Walzbachtal, den 19. Mai 1988

Mahler
Mahler
Bürgermeister

(Siegel: GEMEINDE WALZBACHTAL)

VERFAHRENSVERMERKE

AUFSTELLUNG

Der Gemeinderat hat gem. § 2 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes am 25.02.1988 beschlossen.

BEKANNTMACHUNG

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde gem. § 2 (1) BauGB am 24.03.1988 ortsüblich bekanntgemacht.

BÜRGERBETEILIGUNG

Die Gemeinde hat die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung gem. § 3 (1) BauGB am 18.02.1988 ortsüblich bekanntgemacht.

BEBAUUNGSPLANENTWURF

Nach der Bürgerbeteiligung und der Anhörung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB hat der Gemeinderat den Bebauungsplanentwurf am 25.02.1988 gebilligt und die öffentliche Auslegung beschlossen.

ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Bebauungsplanentwurf hat nach ortsüblicher Bekanntmachung gem. § 3 (2) in der Zeit vom 05.04.1988 bis 05.05.1988 öffentlich ausgelegen.

SATZUNG

Der Gemeinderat hat den Bebauungsplan nach Prüfung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen gem. § 10 BauGB am 19.05.1988 als Satzung beschlossen.

Es wird hiermit bestätigt, daß der Inhalt dieses Planes sowie die schriftlichen Festsetzungen mit den hierzu ergangenen Beschlüssen des Gemeinderates übereinstimmen.

Walzbachtal, den 19.05.1988

Der Bürgermeister
Mahler

(Siegel: GEMEINDE WALZBACHTAL)

ANZEIGE

Der Bebauungsplan wurde gem. § 11 BauGB am 10. Juni 1988 dem Landratsamt Karlsruhe angezeigt.

INKRAFTTRETEN

Mit ortsüblicher Bekanntmachung des durchgeführten Anzeigeverfahrens am 21. Juli 1988 ist der Bebauungsplan am Tage der Veröffentlichung gem. § 12 BauGB in Kraft getreten.

Nichtbeanstandungsvermerk

Walzbachtal, den 22. Juli 1988

Der Bürgermeister
Mahler

(Siegel: GEMEINDE WALZBACHTAL)

Amtliche Beglaubigung

Die Übereinstimmung mit dem Plankataster wird bestätigt.

RECHTSGRUNDLAGEN

§§ 1-4 und 8-13 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 08.12.1986 (BGBl. I, S. 2253), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung-BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.09.1977 (BGBl. I, S. 1763), zuletzt geändert durch die 3. Verordnung zur Änderung der BauNVO vom 19.12.1986 (BGBl. I, S. 2664), § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GO) in der Fassung vom 03.11.1983 (GBl. S. 577) in Verbindung mit §§ 73 und 74 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 28.11.1983 (GBl. S. 770), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung vom 01.04.1985 (GBl. S. 51)

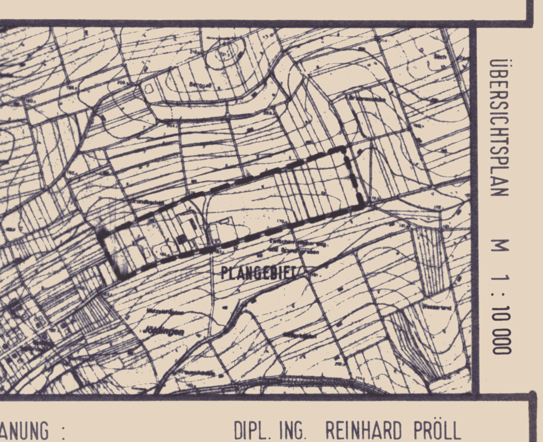
BEBAUUNGSPLAN "GEWERBEGEBIET GRUND"

3. ÄNDERUNG

GEMEINDE WALZBACHTAL

RECHTSFESTSETZUNGEN

M 1:1000



ÜBERSICHTSPLAN M 1:10 000

PLANUNG: DIPL. ING. REINHARD PRÖLL
PFISTERGRUND 2
7500 KARLSRUHE 41
TEL. 0721 / 40 75 88

Gemeinde Walzbachtal
22. JUNI 1988
Eing.:

DATUM: 19.05.1988